

## Der Streit am und über das IZRG

Erstmals beteiligt sich der AKENS an der öffentlichen Debatte um das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte. In den nachfolgenden Beiträgen steht nicht die Personaldiskussion im Vordergrund, sondern eine inhaltliche Auseinandersetzung um geleistete Forschungstätigkeit und strukturelle Defizite der Institutsarbeit. Die Berichterstattung über interne Auseinandersetzungen im Institut und im Kuratorium, in dem der AKENS-Vorstand erst durch den Kollegen Klaus Bästlein und danach durch Eckhard Colmorgen vertreten war, ist vom Vorstand im AKENS nie betrieben worden. Vielleicht ein Fehler, wie manche KollegInnen sagen, zumal auch bei der inhaltlichen Kritik an der Tätigkeit des Instituts Zurückhaltung geübt wurde, um keine öffentliche Diskreditierung zu begünstigen. Denn trotz aller Querelen am IZRG ist die geleistete Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – wenn auch in unterschiedlichem Umfang – und die Anzahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen beachtlich.

AKENS e.V. – der Vorstand

### Zur Entstehung des aktuellen Konfliktes

Das in Schleswig ansässige *Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG)* hat in der landes- und bundesweiten Presse wiederholt negative Schlagzeilen gemacht. In der historisch-wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit Schleswig-Holsteins gab es eine Diskussion über die Person des Historikers Prof. Dr. Uwe Danker und dessen Ende 1998 endgültig erfolgte Berufung an das Institut. Die Tatsache, dass er Mitglied der SPD ist und als deren ehemaliger Pressesprecher (Juni 1988 bis Januar 1994) im Februar 1994 eine gute Ausgangsposition für die Berufung auf die C3-Stelle am Institut hatte, ließ schon damals auf parteipolitischer Ebene die Wellen hochschlagen und unter den „Kollegen“ Neid und Missgunst entstehen. Der Streit um das Institut ist also nicht neu.

Mit der im Jahre 1992 erfolgten offiziellen Gründung des IZRG hatte die erstmalig nach jahrzehntelanger CDU-Herrschaft von der SPD gestellte Landesregierung in Schleswig-Holstein der Kritik an der unzulänglichen Forschung am historischen Seminar der Kieler Universität Rechnung getragen. Im

außeruniversitären Bereich hatten in den 70er und 80er Jahren interessierte Historiker/innen Vereinigungen gegründet, wie den *Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins*, den *Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein* und den *Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein*, deren Namen programmatisch Defizite in Forschung und Lehre der Landesuniversität kenntlich machten.

Aus der Einsicht heraus, dass die eigene Forschungs-, Koordinations- und Publikationstätigkeit die Versäumnisse der landeskundlichen Geschichtsforschung nicht würde wettmachen können, setzten sich diese drei Organisationen zusammen mit dem prominenten SPD-Landtagsabgeordneten Kurt Hamer im Vorfeld für die Schaffung des dann 1992 gegründeten Institutes ein und sind u.a. auch im Kuratorium des IZRG vertreten.

Die personelle Besetzung des Instituts und die Relation zur Kieler Uni wird an anderer Stelle ausführlich geschildert. Hier ist vor allem auf den Streit hin-

zuweisen, der bald am Institut und im Kuratorium entstand: Vor dem Hintergrund der Vorwürfe und des auf dem Institut lastenden Erwartungsdrucks, durch Öffentlichkeit und Politik ausgelöst, waren Auseinandersetzungen zwischen den Mitarbeitern um Einflussmöglichkeiten, über geleistete und nicht geleistete Arbeit, gespeist durch persönliche Eitelkeiten und Profilierungssucht an der Tagesordnung. Auch der Freitod des Kollegen Dr. Korte im Jahre 1995 änderte daran nichts. Die nicht mehr vorhandene Gesprächsbasis zwischen einigen Mitarbeitern führte zu unkoordiniertem Nebeneinander in der Forschung.

Ende 1997 ging der Streit um das IZRG in eine neue Runde: Die Wieder- bzw. Neubesetzung der auf fünf Jahre befristeten Stelle von Uwe Danker stand an (sie wäre offiziell am 31. Januar 1999 auslaufen). Das Kultusministerium sprach sich im Februar 1998 gegen die von der BU vorgeschlagene interne Verlängerung von Dankers Vertrag und für eine Neuausschreibung aus. Als sich im Laufe des dann geführten Berufungsverfahrens abzeichnete, dass Danker – der sich während der Tätigkeit am IZRG nicht wie geplant habilitiert hatte – nicht zu den vier für die Stellenbesetzung vorgeschlagenen Wissenschaftlern gehören würde, brach das Kultusministerium im Herbst 1998 das Verfahren ab; Dankers Leistung, so hieß es, müsse gesondert evaluiert und dann über seine Weiterbeschäftigung entschieden werden, was ihm auch – rechtlich ziemlich ungewöhnlich – in seinem Anstellungsvertrag zugesichert worden sei. Das Kuratorium des IZRG sprach sich eindeutig für Danker aus, und das Ministerium berief ihn dann kurzerhand auf die zeitlich nun nicht

mehr befristete Stelle.

Diese Entscheidung des Kultusministeriums führte unweigerlich zu Widerspruch: Einerseits war Danker die Einzelevaluierung seiner Leistung zugesichert worden, andererseits vertrat sich dies nicht mit dem Hochschulgesetz. Der von der Berufungskommission auf Platz eins gesetzte Wissenschaftler reichte daher Klage gegen den Abbruch des Berufungsverfahrens ein. Auch von vier an der BU Flensburg tätigen Mitgliedern der Berufungskommission – darunter Dankers IZRG-Kollege Prof. Dr. Gerhard Paul – kam öffentlich drastischer Widerspruch gegen den Schritt des Ministeriums.

Das Kultusministerium versuchte dann, einen scheinbaren Königsweg zu gehen: Um der Fürsorgepflicht für den Landesbediensteten zu genügen, wurde Danker unabhängig vom laufenden Verfahren auf eine schnell neu am IZRG eingerichtete Lebenszeit-Stelle berufen, wenn auch eine Besoldungs- und Hierarchiestufe niedriger (C2). Das unterbrochene Berufungsverfahren für die eigentliche „Danker-Stelle“ wurde wieder in Kraft gesetzt.

Dem Ansehen und der Funktionsfähigkeit des IZRG haben diese Querelen nur Schaden zugefügt. Nach außen hin sieht alles nach Filz und Mausehelei aus, und das schon vorher angespannte Arbeits- und Vertrauensklima zwischen den beiden Hauptkontrahenten, Prof. Danker und Prof. Paul, ist endgültig ruiniert. Inzwischen gehen sie unterschiedliche Wege: Gerhard Paul wird künftig in Flensburg kulturwissenschaftliche Forschung betreiben. Uwe Danker startet mit seinem Kollegen Prof. Dr. Robert Bohn einstweilen einen „Neuanfang“ des IZRG.

Frank Omland

## Kein Phoenix aus der Asche – das IZRG oder: vom Scheitern einer guten Idee

### Die Anfänge: Hoffnungen und Erwartungen auf allen Seiten

1991 begann der Aufbau des Instituts für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG), zuerst durch Prof. Dr. Peter Wulf und ab 1992 mit Dr. Detlef Korte als wissenschaftlichem Mitarbeiter. Im Frühjahr 1992 konnte das Institut in den renovierten Seitenflügel des Prinzenpalais einziehen, und am 15. September jenes Jahres eröffnete Kultusministerin Marianne Tidick es auch offiziell.

In einer Rede stellte sie die Aufgaben des Instituts folgendermaßen dar: Es solle der zeitgeschichtlichen Erforschung Schleswig-Holsteins dienen, sich u.a. mit dem Nationalsozialismus, der Demokratie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Mentalitätsforschung befassen, auf Interdisziplinarität setzen, und „darüber hinaus wollen wir hier auf keinen Fall eine Wissenschaft im Elfenbeinturm betreiben.“<sup>1</sup> Als Legitimation für die Gründung hob die Ministerin einerseits auf den „erheblichen Nachholbedarf“ der NS-Forschung in Schleswig-Holstein ab; andererseits mussten aktuelle neofaschistische bzw. rechtsextreme Verbrechen – also der (scheinbare) Zusammenhang zwischen NS-Forschung und Rechtsextremismusprävention – für die Begründung des Instituts herhalten. Dem Aufsichtsgremium des Instituts, dem Kuratorium,

wurde von Tidick dabei eine beratende Funktion zugeschrieben.<sup>2</sup>

Unausgesprochen blieb dabei, dass die SPD-Landesregierung das Institut eindeutig gegen den Willen der Kieler Uni als An-Institut der Pädagogischen Hochschule Flensburg in Schleswig angesiedelt hatte und der Christian-Albrechts-Universität (CAU) in Kiel schwere Versäumnisse in der Erforschung der NS-Zeit vorwarf.

Seitens des Kuratoriums hielt Manfred Jessen-Klingenberg ebenfalls zur Einweihung einen Vortrag, in dem er die Hoffnung kund tat, dass die wissenschaftliche Zeitgeschichtsforschung aufklärend wirke, und die Erwartung aussprach, dass „gegenwarts- und zukunftsbezogene Landesgeschichtsforschung“ nun insbesondere im IZRG betrieben werden würde<sup>3</sup>, was ebenfalls auf die Uni und ihre landesgeschichtliche Stelle im Historischen Seminar zielte.

Das IZRG selbst meldete sich offiziell erst zwei Jahre später in dem als „Arbeitsprogramm“ betitelten IZRG-Heft 1 zu Wort; doch hatten mit Dr. Detlef Korte und Prof. Dr. Uwe Danker schon vorher zwei Mitarbeiter in den *Grenzfriedensheften* 2/93 und 3/93 Wesentliches vorweggenommen: Der wissenschaftliche Mitarbeiter, AKENS-Mitbegründer Detlef Korte, beschrieb in ei-

nem Aufsatz die Aufgaben des Instituts so: Am IZRG solle der „Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau – Schleswig-Holsteinische Führungsschichten im 20. Jahrhundert“ – zuerst am Beispiel des Nationalsozialismus – erforscht werden, wobei die Vermittlung der Zeitgeschichte „auf breiter Basis“ erfolgen solle.

Als erste Arbeitsprojekte der Wissenschaftler nannte er seine eigenen Forschungen über die Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein, die Untersuchung über Kontinuität und Wandel des Parteienwesens – zuerst der CDU – durch Prof. Dr. Wulf, ein Drittmittelprojekt zur Erfassung und Erforschung der Sondergerichtsakten sowie ein weiteres Drittmittelprojekt über einen Vergleich des ländlichen Schleswig-Holstein mit Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1943 und 1953.<sup>4</sup> Uwe Danker ergänzte dies durch seine Arbeitsschwerpunkte: Wissenschaftliche Beratung zum Thema Kindereuthanasie in Schleswig und Erforschung der Entnazifizierung/Wiedergutmachung in Schleswig-Holstein (S. 13ff.).

Darüber hinaus hob Detlef Korte neben Forschung und Lehre an der BU Flensburg darauf ab, dass die Mitarbeiter des IZRG Vorträge und Referate halten würden und auch für die interessierten LaienforscherInnen und lokalgeschichtlichen Chronisten beratend tätig sein wollten. Hinzu kämen Organisation von Fachtagungen, Austausch über Forschungsprojekte und Fortbildung von Studierenden und Lehrkräften.

Für die interessierte Öffentlichkeit mussten sich diese Vorstellungen sehr positiv anhören: ein Institut, das sich nach eigenem Verständnis nicht nur der wissenschaftlichen Forschung, sondern

auch und gerade der Beratung bzw. Faktenvermittlung an die interessierten Laien verschrieb und seitens der Politik einen solchen Auftrag erhalten hatte.

Für die kritische „alternative“ HistorikerInnenzene war mit der Institutsgründung ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen. Sowohl der AKENS als auch der Beirat für Geschichte und der Arbeitskreis Wirtschafts- und Sozialgeschichte hatten sich jahrelang für ein solches Institut stark gemacht, damit sich jenseits des Historischen Seminars und der schwach ausgeprägten landesgeschichtlichen Erforschung des Nationalsozialismus durch die CAU endlich Zeitgeschichtsforschung entfalten konnte.<sup>5</sup>

Was aus Sicht der Universität in Kiel ein Affront gegen ihre wissenschaftliche Reputation war, erschien den KritikerInnen der Uni als Chance: Zeitgeschichtliche NS-Forschung sollte befördert werden, den „Profis“ an der Uni ein anderer Umgangsstil am IZRG vorgelebt und mit der interessierten (Fach-) Öffentlichkeit ein anderer Stil etabliert werden. Durch Sitz und Stimme im Aufsichtsgremium des IZRG, dem Kuratorium, waren zudem viele größere und kleinere historische Vereinigungen an der Entwicklung beteiligt und konnten so kritisch die Mitarbeiter begleiten.

Eigentlich konnten 1993/94 alle Beteiligten – die Politik, die historischen Vereine, die Wissenschaftler des IZRG und auch die Laien und OrtschronistInnen – nur zufrieden sein: Ein sinnvolles und hoffentlich auch bald angesehenes Institut war auf den Weg gebracht worden, und endlich war neben dem Historischen Seminar der CAU ein Karriereweg für diejenigen HistorikerInnen eröffnet worden, die sich kritisch

mit dem Forschungsweg der Universität auseinandersetzen. (Und selbst die „schmollende“ Universität in Kiel sollte im Lauf der Zeit ihren Widerstand gegen das IZRG aufgeben und im Kuratorium mitarbeiten.)

Der Anspruch an das Institut und seine Mitarbeiter – von der Uni gemachte Fehler und Probleme zu vermeiden, fachhistorische Forschung zu

etablieren, den Kontakt zu den Laien im Land zu halten und gleichzeitig noch Lehre an der heutigen Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg / Universität zu betreiben – war sehr hoch und schon damals überdimensioniert. Der Start weckte also vielerlei Hoffnungen und Erwartungen, mit deren Erfüllung das IZRG und seine Angestellten es schwer haben sollten.

## Die Mitarbeiter

Bis 1994 dauerte die Besetzung aller Stellen, dann hatte sich eine Gruppe von Historikern (Männer machen Geschichte, Männer erforschen Geschichte...) zusammengefunden, die theoretisch ein breites Spektrum im Lande abdeckten und faktisch für verschiedene Interessengruppen im Lande standen: Prof. Wulf galt als Kenner der Landesgeschichte; Dr. Detlef Korte war als scharfer Kritiker der Forschung an der Uni bekannt geworden und – quasi als Vertreter des AKENS – jemand, dem die NS-Forschung sehr am Herzen lag.

Mit Prof. Dr. Uwe Danker kam ein wichtiger Vertreter des sozialdemokratischen Beirats für Geschichte ans Institut. Da er vorher als Pressesprecher der SPD tätig gewesen war, löste seine Ernennung eine heftige Kontroverse um vermeintlichen oder tatsächlichen Filz aus und führte zu öffentlichen Abwertungen seiner wissenschaftlichen Qualifikation: Konservative warfen ihm – nicht zu Unrecht – seine mangelnde

wissenschaftliche Reputation für eine C2-Professorenstelle vor: Uwe Danker hatte bis dahin – neben seiner Doktorarbeit – keine größere wissenschaftliche Arbeit vorgelegt und war nur als Herausgeber des Jahrbuchs *Demokratische Geschichte* an einschlägigen Veröffentlichungen beteiligt gewesen. Als vierter im Bunde wurde abschließend mit Prof. Dr. Gerhard Paul ein nicht aus dem Lande stammender, bekannter Wissenschaftler ans Institut geholt, der schon erfolgreich Drittmittel bei der Volkswagen-Stiftung eingeworben hatte.

Die „Mannschaftszusammensetzung“ musste zusammen mit den engagierten „Hilfskräften“ wie bspw. Erich Koch oder auch Karin Ruppel-Diestel Anlass zu großen Hoffnungen sein: Zwei scharfe Kritiker der bisherigen Landesforschung, ein Wissenschaftler mit Draht zur Uni und einer von außerhalb, der insbesondere Drittmittel einzuholen wusste – das Institut hätte es schlechter treffen können.

## Das erste veröffentlichte Arbeitsprogramm

Das IZRG sollte in der Folgezeit im Prinzip drei Arten von Veröffentlichungen herausgeben: Die IZRG-Hefte, eine

Buchreihe und die Jahresberichte.

Als erstes erschien 1994 mit dem IZRG-Heft 1 das Arbeitsprogramm.

Wie oben bereits erwähnt, war federführend durch das Kuratorium des Instituts das erste Forschungsvorhaben definiert worden: „Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau – Schleswig-Holsteinische Führungsschichten im 20. Jahrhundert“ am Beispiel des Nationalsozialismus. Dabei sollten insbesondere die regionalen Führungsschichten von 1930 bis 1960 untersucht, die Frage nach dem Elitenwechsel 1933 und 1945 gestellt und sowohl mentalitäts-, wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zugänge gewählt sowie die Geschichte der Demokratisierung und der Arbeiterbewegung mit einbezogen werden.

Doch neben Forschung und Lehre hatte das Institut noch eine Vielzahl anderer Aufträge mitbekommen: Es sollte Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Fort- und Weiterbildungsangebote (insbesondere für Studierende und Lehrkräfte) anbieten „und sich innerhalb des Landes als Dienstleistungs- und Service-Einrichtung für wissenschaftliche Forschungsvorhaben, Geschichtsinitiativen, Ortschronisten und Laienforscher profilieren.“ (Arbeitsprogramm 1994, S. 14f.).

Geradezu euphorisch behauptete die Wissenschaftlerriege: „Das IZRG soll nicht *über* den Forschenden *im Lande* schweben, sondern ein Teil der Geschichtsbewegung im Lande sein.“ (S. 16). Dies war ein Anspruch, den das Institut von Anfang an nicht erfüllen konnte und dessen Scheitern vorprogrammiert war.

## 1994 – 1997 im Spiegel der Jahresberichte

Im Laufe der Zeit veränderten sich natürlich die Forschungsvorhaben und die Mitarbeiterschaft des IZRG, was sich anhand der Jahresberichte (s. Ka-

Die Arbeitsaufträge an die Wissenschaftler waren zudem klar im ersten Arbeitsprogramm definiert worden: Peter Wulf wollte sich der Geschichte der CDU nach 1945 widmen, Detlef Korte war zum Ersten für eine Sammelbiografie der NSDAP-Kreisleiter, zum Zweiten für Kontakte zur (laien-)forschenden interessierten Öffentlichkeit zuständig und sollte zum Dritten ein Projekt zur Erschließung der Sondergerichtsakten betreuen, das Eckhard Colmorgen bearbeitete.

Uwe Danker wollte sich der Kinderethanasie in Schleswig annehmen – zu der Susanna Misgajski eine Ausstellung konzipieren sollte – und plante ein Projekt zur Entnazifizierung/Wiedergutmachung. Gerhard Paul wollte die Geschichte der Gestapo erforschen und alle Mitarbeiter sich mit einem „Sozialgeschichtlichen Lesebuch“ (1996 als *Geschichtsumschlungen* erschienen) positiv in der Öffentlichkeit einführen.

Interessanterweise machten nur Detlef Korte und Gerhard Paul Angaben darüber, wann sie ihre Untersuchungen der Öffentlichkeit präsentieren wollten (1996), die beiden anderen vermieden es, sich hier festzulegen. Zudem wurden nur die Forschungsvorhaben von Korte, Danker und Paul sehr detailliert und konkret wiedergegeben und die Archivrecherchen offen gelegt. Peter Wulfs Vorhaben wirkt hingegen so, als sei der Wissenschaftler noch über erste Überlegungen nicht hinausgekommen.

sten) nachvollziehen lässt. Die Jahresberichte nahmen leider im Laufe der Zeit immer propagandistischere Züge an und sagen immer weniger über

## Jahresberichte

Die Jahresberichte sind der Versuch, die Arbeit der Mitarbeiter gegenüber der interessierten Öffentlichkeit und insbesondere gegenüber den Abgeordneten im Landtag darzustellen. Während noch aus den ersten beiden (1994 und 1995) ernsthaft das Bemühen herauszulesen ist, sich an die geschichtsinteressierte (Fach-)Öffentlichkeit zu wenden und m.E. ehrlich die eigene Arbeit darzustellen, lässt sich dies für die Berichte 1996 und 1997 nicht mehr sagen: Selbstbeweihräucherung, unkritische Selbstdarstellung und – insbesondere 1997 – fast pure Propaganda in Richtung auf die politisch Verantwortlichen werden geboten. So wird bspw. lang und breit über die *Jahrhundert-Story* berichtet, obwohl diese kein Kooperationsprojekt zwischen dem sh.z-Verlag und dem IZRG ist, sondern ein Projekt zwischen Verlag und Uwe Danker. Auch die von Gerhard Paul betreute Reihe zur Flensburger NS-Geschichte darf strenggenommen nicht im Jahresbericht des IZRG auftauchen: Es handelt sich nämlich um eine Kooperation zwischen der BU Flensburg und dem Stadtarchiv Flensburg.

Zudem finden sich selbst im Teil „Lehrveranstaltungen und Betreuungen“ Abschnitte, die klar auf die Zerwürfnisse im Institut hindeuten und in ihrer Form unangemessen sind: An Erbsenzählerei erinnern Sätze wie „Prof. Dr. Uwe Danker hielt im Laufe des Jahres 17 wissenschaftliche Vorträge“, und im Anschluss folgt Wann, Was und Wo mehr als eine Seite lang. Prof. Paul darf da natürlich nicht zurückstehen und beschreibt auf zwei Seiten seine eigenen 18 Veranstaltungen...

Besonders ärgern mich als aktives AKENS-Mitglied aber hohle Phrasen wie die folgende: „Die punktuelle Zusammenarbeit mit den wichtigsten regionalhistorischen Vereinigungen, dem Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS), dem Beirat für Geschichte sowie der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte, die jeweils über Sitze und Stimme im Kuratorium verfügen, wurde fortgesetzt.“ (S. 34). Schon die konkrete Frage, um was für eine Zusammenarbeit es sich dabei handelt, würde das Institut in Erklärungsnot bringen.

Doch zurück zu dem Wert der Jahresberichte – sie dokumentieren zumindest zwei Dinge: Die seitens der Wissenschaftler einmal begonnenen bzw. angekündigten Projekte und der Mangel an Reflexion der Wissenschaftler zum übergeordneten Forschungsthema. Wie schon erwähnt, gibt es nirgends einen Hinweis darauf, wie die Wissenschaftler ihre eigenen Projekte mit „Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau“ verbinden würden bzw. welche Schlussfolgerungen sie dafür ziehen.

die tatsächliche Arbeit im IZRG aus, als vielmehr darüber, wie sich das Institut nach außen darstellen will. Zwischen den Zeilen sind sogar die Konfliktlinien im IZRG herauszulesen.

Doch zurück zur Frage, ob sich in den Jahresberichten widerspiegelt, inwie-

weit die Wissenschaftler ihren eigenen Ansprüchen gerecht wurden und das gesetzte Oberthema „Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau“ am Beispiel der Eliten umgesetzt wurde.

Um es vorwegzunehmen: Meines Erachtens ist die Forschung im IZRG viel

weniger von einem gemeinsamen Ziel geprägt, als vielmehr von Beliebigkeit und individuellen persönlichen Interessenlagen. Weder taucht in den Jahresberichten noch in den Veröffentlichungen eine Reflexion des eigenen Themas zum Forschungsvorhaben insgesamt auf, noch wird ein Konzept der kritischen Auswahl hinter den jeweiligen Forschungen deutlich. Faktisch wird im IZRG nebeneinander gearbeitet, alle Beteiligten haben sich scheinbar nur kaum oder nie mehr mit ihrem verfassten Oberthema auseinandergesetzt. Natürlich lassen sich unter „Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau“ vielerlei Dinge fassen, doch ist es die Aufgabe der Wissenschaftler, den Zusammenhang zwischen ihren Forschungen und der Ausgangsfragestellung herzustellen. Dies passiert nicht. Über Gründe soll hier nicht spekuliert werden. Meines Erachtens ist ein unreflektiertes Vor-sich-hin-Forschen ohne Leitlinie aber als wissenschaftlicher Mangel anzusehen.

Nun zu den einzelnen Wissenschaftlern: Bis heute hat es Prof. Dr. Peter Wulf erfolgreich vermieden, sein Vorhaben – die Erforschung der CDU-Geschichte – durchzuführen. Zuerst zog er sich aus der Forschungsarbeit zurück, indem er das Institut mit aufbaute, dann dadurch, dass er Rektor an der BU in Flensburg wurde, und obwohl er 1999 ein Forschungsfreiemester nutzte, findet sich bisher kein Hinweis darauf, dass er intensiv ins Thema eingestiegen wäre. Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Institut am 1. August 1999 hat er sein Forschungsvorhaben weder in Publikationen noch durch nennenswerte Vorträge öffentlich präsentiert.

Auch Detlef Kortes Bilanz ist nicht so positiv, auch wenn dies im AKENS viel-

leicht nicht gern gehört wird: Er scheiterte als Person an den Grundwidersprüchen des Instituts. Zum einen war er und fast nur er allein für Anfragen aus der (interessierten) und schreibenden Öffentlichkeit zuständig und damit viel mit der „unsichtbaren“ Außendarstellung des Instituts befasst, was große Teile seiner Zeit in Anspruch nahm; zum anderen verfolgte er mit der Sammelbiografie der Kreisleiter ein wissenschaftlich und auch methodisch sehr anspruchsvolles Ziel. Die damaligen schweren Angriffe auf das Institut durch die politisch konservative Seite haben ihn entsprechend schwer getroffen, ebenso wie seine generell hohe ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeitsbelastung und seine mangelnde Fähigkeit zur Abgabe bzw. Delegation von Aufgaben. Sein tragischer Tod verdeckt meines Erachtens, dass Detlef Korte aufgrund der strukturellen Mängel in der Aufgabenverteilung im Institut und seiner selbstgewählten ehrenamtlichen Aufgaben große Schwierigkeiten mit der Vollendung seines Kreisleiterprojekts hatte und das Projekt zu den Sondergerichtsakten fast vollständig allein von Eckhard Colmorgen durchgeführt wurde.

Nachfolger von Detlef Korte wurde 1996 Dr. Robert Bohn. Über ihn lässt sich bisher nur sagen, was er nicht tut: nämlich am Kreisleiterprojekt arbeiten, geschweige denn sich für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig fühlen. (Wer in den letzten Jahren mal im Institut war oder gar dort angerufen hat, wird die Erfahrung mit mir teilen, dass außer dem nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter Erich Koch oder der Verwaltungsangestellten Karin Ruppel-Diestel sich niemand für Anfragen interessiert hat oder diese gar zu seinem Anliegen machte).

Bezogen auf das Kreisleiterprojekt ist die Verschiebung in den für Dr. Robert Bohn angegebenen Forschungsvorhaben interessant: Im letzten Jahresbericht wird es eingangs gar nicht mehr erwähnt, um dann in der Rubrik „Forschungstätigkeiten“ faktisch unter ferner liefen aufgeführt zu werden. Das Interesse von Robert Bohn an diesem Projekt hat sich bisher in der Öffentlichkeit noch nicht gezeigt, seine Sachkenntnis dazu hat er weder in Vorträgen geschweige denn in kleineren Aufsätzen überhaupt unter Beweis gestellt, und die Behauptung, das Projekt würde 1997 (!) „zu einem Abschluss gebracht werden“, erwies sich als völlig falsch.<sup>6</sup>

Geradezu peinlich ist, dass die Herausgeberschaft für zwei IZRG-Bände als große eigenständige Arbeitsleistung und -belastung beschrieben wird: Zum IZRG-Band II über Exil in Skandinavien ist kritisch anzumerken, dass dieses Buch weder aus dem Institut heraus entstanden ist, noch dafür von Robert Bohn oder einem anderen Wissenschaftler des Instituts ein Aufsatz verfasst wurde. Hier sind Geldmittel verschwendet worden, um eine an sich gute Publikation zu veröffentlichen, die aber mit dem Institut nichts zu tun hat.

Zum Band III der IZRG-Buchreihe („*Standgerichte der inneren Front*“, *Das Sondergericht Altona/Kiel 1932-1945*, Hamburg 1998) sind ebenfalls kritische Anmerkungen zu machen: Robert Bohn hat diesen zusammen mit Uwe Danker herausgegeben und darin den einleitenden Aufsatz „Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein“ verfasst. Dieser Beitrag ist nicht das Ergebnis eigener wissenschaftlicher Forschungsarbeit, sondern er ist aus bereits vorliegenden

Veröffentlichungen kompiliert bzw. umgeschrieben worden. Insbesondere das von Eckhard Colmorgen verfasste IZRG-Heft 3 (*Das Schleswig-Holsteinische Sondergericht Altona/Kiel, 1932-1945. Ein Aktenerschließungsprojekt*, Schleswig 1995) wird von Bohn häufig als Informationsquelle genutzt. Satzweise (!) wird daraus abgeschrieben. So sind beispielsweise die Aussagen zum Verfahren „Marsal“ z.T. wörtliche Übernahmen aus dem IZRG-Heft 3 (vgl. dazu IZRG-Band III, S. 27, mit IZRG-Heft 3, S. 31 und 33). Trotzdem hat es Bohn nicht für nötig befunden, die von seinem ehemaligen Institutskollegen veröffentlichte Arbeit im Anmerkungsbereich seines Aufsatzes zu erwähnen. Sein Mitherausgeber Uwe Danker hielt sich an solcherart wissenschaftliche Gepflogenheiten.

Seit über zwei Jahren gehört Robert Bohn schon dem Institut an, doch finden sich für diese Zeit keine ernsthaften publizierten Belege dafür, dass er intensiv an Projekten arbeitet.

Uwe Danker, scheinbar für die SPD im Institut gelandet, musste sich deswegen anfangs heftige Kritik gefallen lassen und bemühte sich, durch sein Handeln und vorzeigbare Ergebnisse die Kritiker verstummen zu lassen. Einen seiner eigentlichen Aufträge, die Erarbeitung einer Biografie Hinrich Lohses, verfolgte er deshalb mit viel Elan und publizierte mehrere Aufsätze, doch fehlt bis heute das angekündigte Buch dazu. Zuerst wurde es für 1998, dann das Ende der Schreibphase für 1999 angekündigt. Es bleibt abzuwarten, ob die Biografie 2000 erscheint. Klar ist aber, dass Danker ohne sein privates Engagement für die *Jahrhundert-Story* seinem institutseigenen Auftrag schon längst

### Die *Jahrhundert-Story* – ein Missverständnis

Für die Reputation von Prof. Dr. Uwe Danker sorgte weniger eine institutseigene Veröffentlichung als vielmehr ein „Privatvergnügen“ des Historikers: Er hatte für den sh.z.-Verlag die *Jahrhundert-Story* auf den Plan gerufen und ein in Radio, Zeitungen, Fernsehen und Internet laufendes Projekt zur Geschichte des Landes Schleswig-Holstein angeleitet. Dieses hochinteressante Geschichtsprojekt, das von vielen Personen im Landes getragen wird, hat verdientermaßen viel Lob erhalten und wurde von seinen Kritikern, insb. Gerhard Paul, immer wieder zu Unrecht als „volkspädagogisch“ diffamiert. Doch unabhängig von der Bewertung der *Jahrhundert-Story* sollte sich eines klar gemacht werden: Es ist eben kein Projekt des IZRG, geschweige denn ein Kooperationsprojekt mit dem Institut!

Daraus ergeben sich entsprechende Fragen an den beteiligten IZRG-Wissenschaftler, denn nach den selbstverfassten Elogien auf die eigene Arbeit wird im Jahresbericht 1997 an mehreren Stellen und auf mehreren Seiten auf dieses Projekt eingegangen. Unabhängig von der Qualität des Projekts hat die private publizistische Aktivität eines Mitarbeiters des Instituts nichts in einem Jahresbericht des IZRG zu suchen! Noch ärgerlicher ist zudem die Behauptung, dass das Projekt „1997 – abgesehen von gewissen Portokosten – ohne Belastung der IZRG-Ressourcen oder öffentlicher Mittel statt[ fand]“. <sup>7</sup> Abgesehen davon, dass der Autor bei zufälligen Besuchen im Institut einen Mitarbeiter mit der *Jahrhundert-Story* befasst sah und selbst Augenzeuge von der Versendung tausender (!) Kopien für das „rein privatwirtschaftliche Unterfangen“ <sup>8</sup> war, dürfen so oder so überhaupt keine Mittel für die *Jahrhundert-Story* auf Kosten des Instituts ausgegeben werden, solange es kein Kooperationsprojekt mit dem IZRG wird! Selbst wenn man wie ich das Projekt interessant findet, muss das Urteil darüber aber lauten, dass durch Verbrauch von Mittel des Instituts dafür eine nicht sachgerechte Verwendung von Steuermitteln vorliegt, die der Landesrechnungshof überprüfen sollte.

hätte nachkommen können und müssen.

Wie sehr sich das Institut schon dem Gebaren und Standesdenken an der CAU genähert hat, zeigt ein anderes Projekt von Danker: Zwar arbeitete er zu den Wiedergutmachungsakten mit Eckhard Colmorgen eng zusammen und trug auch eigenständige Teile dazu bei, doch hatte er Schwierigkeiten mit der Namensnennung des Hauptautors: Im Vorwort des IZRG-Hefes Nr. 4 wird zwar Colmorgen genannt, doch ist dessen Verfasserschaft nicht deutlich ausgewiesen, was schlichtweg schlechter Stil ist. Beim Sammelband zum Schleswig-Holsteinischen Sondergericht sprang

Colmorgen dann konsequenterweise ab, und an die Stelle des ausgewiesenen Kenners der Materie trat Robert Bohn, dessen plagiatorische Züge tragender Beitrag schon angesprochen wurde.

Meines Erachtens zeigen u.a. diese Beispiele, dass sich im IZRG eben nicht ein anderer Stil etabliert hat, sondern „business as usual“ im wissenschaftlichen Betrieb herrscht. Ähnliches zeigt sich ja auch im öffentlichen Streit zwischen den Konkurrenten Uwe Danker und Gerhard Paul, der sich zur Schlammschlacht entwickelt hat.

Auch Gerhard Paul ist zu kritisieren: Zwar war er der erste und damit der

schnellste unter den Wissenschaftlern, der 1996 eine Buchpublikation zu seinem Forschungsthema abschloss, doch merkt man genau diese Schnelligkeit seinem Gestapo-Band auch an: So ist die Arbeit an sich zwar verdienstvoll zu nennen, doch im Detail entpuppt sie sich als Schnellschuss mit einigen Lücken, Fehlurteilen und Fehlern. (Was sich leider bis heute nicht in einer Rezension der *Informationen* nachlesen lässt, da sich niemand fand, der das Buch besprechen wollte. Zuletzt vielleicht deswegen nicht, um sich nicht im Streit Paul/Danker zu positionieren...)

Pauls Fähigkeit zeigte sich hingegen in anderen Punkten: Er holte Fremdmittel ein, betreute zwei DoktorandInnen, gab Sonderbände in Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Personen heraus und löste damit einen Teil des Arbeitsauftrags des IZRG ein: vernetzende, über Einzeldarstellungen herausgehende Forschung zu betreiben und zu publizieren und über die durch Scheuklappen geprägten Grabenkämpfe in Schleswig-Holstein hinwegzusehen und neue Kooperationspartner zu suchen.

Doch waren Paul und Danker zur kollegial-kritischen Zusammenarbeit nicht fähig: Prof. Paul verlässt das Institut, Prof. Danker behauptet indes, mit dem einzig verbliebenen Mitarbeiter, Prof. Bohn, einen Neuanfang zu starten. Als weitere MitarbeiterInnen sind zuerst die Verwaltungsangestellte Karin Ruppel-Diestel und der vom AKENS nicht zu

Unrecht hochgeehrte Erich Koch (vgl. *ISHZ* Heft 33/34) zu nennen. Doch arbeiten beide leider nicht mehr vor Ort; Koch ist im Ruhestand, Ruppel-Diestel musste an die Hochschule nach Flensburg wechseln, da Danker und Bohn die Zusammenarbeit verweigern.

Auch der dritte nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter, Bernhard Fox, sollte nicht vergessen werden. Schließlich wäre die von Jürgen Weber konzipierte Ausstellung „Ende und Anfang im Mai 1945“ nie zur Wanderausstellung geworden, wenn nicht Herr Fox dafür gearbeitet hätte: eine Finanzierung oder die Organisation dessen, was für das „Wandern“ einer Ausstellung nötig war, hätte es damals sonst schlichtweg nicht gegeben; die Verantwortlichen hatten dies „vergessen“...

Mit Dr. Bettina Goldberg und dem Doktoranden Thomas Pusch, beide betreut durch Gerhard Paul, sowie Susanna Misgajski und Regina Rocca, betreut durch Uwe Danker, wurden zudem interessante Projekte im Institut begonnen und von fachlich kompetenten oder gar perfektionistischen Personen durchgeführt: Zur Verfolgung der Jüdinnen und Juden, zur politischen Emigration nach Skandinavien, zur Kinder- und Jugendpsychiatrie und zur Entnazifizierung wurde und wird geforscht. Im Gegensatz zu den hauptamtlichen Wissenschaftlern haben diese vier Nachwuchskräfte sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentriert und nicht an den forschungshemmenden Grabenkämpfen beteiligt.

## Fazit

Meines Erachtens haben sich die bisherigen hauptamtlichen Wissenschaftler des IZRG noch nicht als diejenigen er-

wiesen, die sie vom Anspruch her sein wollten. Ähnlich sieht es mit dem zuerst formulierten hehren Ziel aus, dereinst

Teil der „Geschichtsbewegung im Lande“ zu werden und ein Dienstleistungs- und Servicebetrieb für alle Geschichtsinteressierten zu werden. Davon ist das Institut noch weiter entfernt als bei seiner Gründung. (So fehlen bis heute überhaupt auch nur erste Ansätze zu vernetzender Arbeit oder gar Veranstaltungen, die die vielen Engagierten in den Kreisen und Städten zusammenführen könnten. So gibt es bspw. keine vom IZRG angeleiteten Arbeitskreise, die sich mit Regionalgeschichte befassen oder auch nur die daran arbeitenden (Laien-)ForscherInnen zusammenführen.)

In dem Streit zur Habilitation von Uwe Danker kulminierten dann alle persönlichen, strukturellen und personellen Mängel des Instituts. Kein Mitarbeiter ist willens und in der Lage zu mehr als einzelkämpferischer Selbstdarstellung, und für das Institut als Institution tritt niemand im Positiven mehr auf: Jeder für sich statt alle fürs eine.

Da die Mitarbeiter des IZRG von ihren festgeschriebenen Arbeitsaufträgen nur kleine Teile erfüllt haben bzw. an keiner Stelle sich ein Konzept zur Erforschung von „Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau“ herauslesen lässt, gäbe es meines Erachtens zwei Wege:

1. die Aufträge den tatsächlichen Arbeiten der Wissenschaftler anzupassen oder
2. das Institut zu schließen und alle zu entlassen. Letzteres ist nicht durchsetzbar, wäre aber sinnvoll.<sup>9</sup>

Für den AKENS wäre es deshalb an der Zeit, seinen Kuratoriumssitz ruhen zu lassen, denn Kontrolle oder gar inhaltliche Fachaufsicht wird weder seitens der Wissenschaftler gewünscht noch vom Kuratorium gewollt. Sollten doch noch Zeichen und Wunder ge-

schehen, könnte der AKENS dann wieder konstruktiv mitarbeiten und sich wieder aktiv am Kuratorium beteiligen.

Derzeit ist das IZRG nicht besser als das, was früher an der Universität Kiel zu Recht kritisiert worden ist. Bedauerlicherweise trifft gerade auf Uwe Danker zu, dass er früher dieselben Zustände kritisiert hat, die er heute produziert, und dass er sich gegen seine Kritiker öffentlich und im nicht-öffentlichen Bereich genauso zur Wehr setzt wie vor knapp 15 Jahren die Uni gegen ihre Kritiker. Das IZRG ist aber in seiner heutigen personellen und fachlichen Zusammensetzung gescheitert, und einen Phoenix aus der Asche werden wir wohl nicht mehr erleben. Schade.

Ein kurzer tabellarischer Überblick soll deutlich machen, welche Projekte „starben“, welche Projekte sich immer mehr in die Länge zogen und welche faktisch nie bearbeitet wurden; in Klammern gesetzte Jahreszahlen verweisen auf angekündigte Veröffentlichungsjahre. Die Tabelle bestätigt noch einmal, dass das Kreisleiter-Projekt von Detlef Korte die letzten Jahre über nicht bearbeitet wurde, sich die Biografie von Hinrich Lohse weiter in die Länge zieht und das Projekt zur Wehrmachtsgerechtheit nicht beendet werden wird. Zudem vertritt nach dem Wechsel von Erich Koch in den Ruhestand kein mit den wissenschaftlichen Projekten direkt Betrauter das Institut mehr telefonisch.

Der neue Jahresbericht des IZRG soll irgendwann im November 1999 (!) erscheinen. Es bleibt abzuwarten, ob sich darin der Trend zu nichtssagender Propaganda noch verstärkt oder ob wieder zur Reflexion des eigenen wissenschaftlichen Handelns übergegangen wird.

	1994	1995	1996	1997
<b>Detlef Korte</b> Ab 1996: <b>Robert Bohn</b>	Kreisleiter (1996) Öffentlichkeitsarbeit und Beratung Sondergerichtsakten (E. Colmorgen)	Kreisleiter Öffentlichkeitsarbeit und Beratung Sondergerichtsakten (fertiggestellt, E.C.)	Kreisleiter (1997) Wirtschafts- und Sozialgeschichte (keine Konkretisierung) Öffentlichkeitsarbeit: Erich Koch	Hrsg. IZRG-Bände Wirt./Soz.geschichte; Seefahrtsgeschichte Kreisleiter Öffentlichkeitsarbeit: Erich Koch
<b>Peter Wulf</b>	Parteienwesen CDU nach 1945	Nicht bearbeitet (Rektor)	Nicht bearbeitet (Rektor)	Nicht bearbeitet (Rektor)
<b>Uwe Danker</b>	Kindereuthanasie (Susanna Misgajski) Entnazifizierung  Vergleich Mecklenburg- Vorpommern/ Schleswig-Holstein 1943-1953	Kindereuthanasie (S.M.)  Wiedergutmachung (E.C., U.D.) Keine Erwähnung Lohse-Biografie (1998) Schutzhaftfälle-Buch Quellenedition SH	Katalog: Kindereuthanasie (S.M., U.D. u.a.) Wiedergutmachung (E.C./U.D.) Regina Rocca: Entnazifizierung Lohse-Biografie Sondergerichtsband (angek.)	Jahrhundert-Story Lohse (1999) Wiedergutmachung beendet (E.C./U.D.) Sondergerichtsband Kinder und Jugend- Psychiatrie (S.M.) R.R. ausgeschieden Schutzhaftfälle-Buch (1998)
<b>Gerhard Paul</b>	Gestapo (1996)	Gestapo-Buch fertig- gestellt (1996) Drittmittelprojekt: Judenverfolgung (angek.)	NS-Wehrmachtsge- richtsbarkeit (angek.) Reihe zur Flensburger NS-Geschichte <i>Menora und Haken- kreuz</i> (angek.) Judenverfolgung (Bettina Goldberg) Emigration (Thomas Pusch)	Keine Erwähnung NS-Wehrmachtsge- richtsbarkeit Flensburger Reihe <i>Menora und Haken- kreuz</i> erschienen Fotoarchiv Juden in SH sowie die Haus- schild-Staff-Samm- lung fürs IZRG ge- sichert Mit B.G. Ausstellung (Jüdische Kinder nach England)
Alle Mitarbeiter	Lehre, Vorträge, Ta- gungen, Herausgeber- schaft in anderen Funktionen Sozialgeschichtliches Lesebuch (angek.)	wie links  Planung	wie links  Erschienen: <i>Geschichts- umstellungen</i>	Keine Gemein- schaftsprojekte

Abkürzungen: E.C. – Eckhard Colmorgen; S.M. – Susanna Misgajski, U.D. – Uwe Danker, B.G. – Bettina Goldberg, R.R. – Regina Rocca.

## Anmerkungen

1. Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte (ISHZ) Heft 23 (1992), S. 72.
2. ISHZ Heft 23 (1992), S. 72ff.
3. Manfred Jessen-Klingenberg, „Aufklären, beschämen, unterdrückte edlere Erinnerungen zur Auferstehung bringen.“ Vorrede zum Forschungsprogramm des IZRG (Sonderdruck aus den *Grenzfriedensheften* 4/1994), Flensburg 1995, S. 19.
4. Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (Sonderdrucke aus den

5. *Grenzfriedensheften* Flensburg 1993, S. 27ff.
6. IZRG-Jahresbericht 1996, S. 7.
7. IZRG-Jahresbericht 1997, S. 13.
8. ebd.
9. Ich messe hier das IZRG an seinen eigenen Ansprüchen. Im Sinne meiner Logik müssten ja schließlich auch Universitäten geschlossen werden, denn dort gibt es dasselbe wissenschaftliche Einzelkämpfertum. Das Institut hat sich aber einstmals anders beschrieben.

Thomas Pusch

## Das IZRG – ein Opfer der eigenen Strukturen

Das IZRG stand in den vergangenen Monaten keineswegs in dem Maße im Blickpunkt des öffentlichen Interesses, wie es dies m.E. bedurft hätte.<sup>1</sup> In der Presseöffentlichkeit wurde nahezu ausschließlich auf die Konflikte um die so genannte „Danker-Stelle“ Bezug genommen. Die Konflikte im, am und um das IZRG gehen in erheblichem Maße darüber hinaus und sind auch nicht allein als Konflikte zwischen einzelnen Personen zu kennzeichnen – dies wäre das Diskussionsmodell „Auf welcher Seite (Paul oder Danker) stehst du?“

Am Geschehen nimmt nach meiner Einschätzung eine Reihe von Personen als Zaungast ohne eigene Mitwirkungsmöglichkeit an den IZRG-Konflikten teil. Was die meisten Stellungnahmen zu den Konflikten erschwert, ist der Umstand, dass nur auf einen Teil der Informationen und Sachverhalte in der Diskussion rekurriert werden kann. Doch unabhängig von dem Sachstand der Informationen, den eingenommenen Haltungen und Meinungen scheitert eine Diskussion auch daran, dass es kein Gremium und keine Institution zur Diskussion gibt bzw. kein Medium hier in die Meinungsbildung eingreift – auch die Zeitschrift des AKENS e.V. ist kaum der geeignete Ort.

Wo die satzungsgemäßen Aufgaben des Kuratoriums liegen, wäre Gegenstand einer eigenen Diskussion. Unstrittig ist aber, dass weder die Aufsichtsfunktion noch die Funktion eines wis-

senschaftlichen Begleitgremiums hier wahrgenommen wird oder werden kann. Eine Diskussion über das IZRG im Kuratorium scheint in dieser Zusammensetzung weder gewünscht noch möglich (wenn man denn meinte, dies sei der Ort dafür).

Der aus den bekannten Gründen begrenzte Zugriff auf Informationen führt weiterhin dazu, dass ein Informationsfluss nur zu denjenigen besteht, denen man persönlich vertraut – ein Umstand, der zur Personifizierung und Lagerbildung im Konflikt beiträgt. Jegliche Stellungnahme auf der Sachebene ist daher in ihrer Argumentation vollständig unfrei – und damit obsolet. Was aber möglich sein könnte, wäre eine Auseinandersetzung auf einer strukturellen Ebene, die möglichst viele Personifizierungen hinter sich lässt – so schwer es auch fallen mag.

Ob ein Beitrag in dieser Richtung Sinn macht, erscheint auch mir als Autor fraglich; ich möchte aber zumindest den Versuch nicht unterlassen. In der Diskussion mit jüngeren KollegInnen läuft man leider hinsichtlich einer offenen Kritik gegenüber dem IZRG fast ausschließlich gegen die Mauer der Argumente „Das-war-doch-früher-noch-viel-schlimmer“ oder „Der-hat-doch-immerhin...“ Aber: Irgendwo muss eine kritische Stellungnahme doch beginnen.

Im Nachfolgenden werden Argumente und Sichtweisen vorgestellt, die Anstöße bieten könnten, aus den gemach-

ten Erfahrungen und insbesondere den strukturellen Defiziten des IZRG zu lernen. Persönlich trete ich dafür ein, dass das nun zu konstatierende Scheitern des IZRG und seine de-facto-Auflösung nicht aufgehalten werden sollte. Die Institutsgründung in dieser Form, mit diesen Strukturen in dieser politischen Landschaft musste m.E. scheitern – nur sage ich keineswegs, dass sich damit die Aufgabenstellung des IZRG erübrigt.

Um die zweifelsohne verknöcherten Strukturen der Landeshochschullandschaft aufzubrechen, braucht man keine Reservats-Institute unter Aufsicht der Ministerin fern der eigentlich entscheidenden Bastionen, sondern es bräuchte transparente, demokratisch verankerte Strukturen an den bestehenden Hochschulen. Und eine demokratische Wissenschaftslandschaft erreicht man auch nicht dadurch, dass man den KritikerInnen der bisherigen Strukturen die

Möglichkeit gibt, sich genauso aufzuführen, wie dies die einst von ihnen Kritisierten taten.

Es wäre eine interessante Diskussion, auf welchem Wege demokratische, transparente, kritische und damit wissenschaftliche Qualität und breite Wirkung erzielende Strukturen zu fördern wären. Man müsste sich Beispiele anschauen und diese analysieren – jenseits der Ebene dieser Blendwerke von IZRG-Jahresberichten. Aus eigenem Erleben kann ich sagen, dass ein knochentrocken-konservativer und innovationsfeindlicher Fachbereich wie der in Kiel keine schlechte Ausgangsbasis für eine erfolgreiche Arbeit wäre. Und allein mit Geld, dies zeigt die üppige Unterstützung von Geschichtsinitiativen in Hamburg mit höchst fraglichen Resultaten, scheint auch keine Verankerung von kritischer Geschichtswissenschaft möglich zu sein.

## Zum IZRG in Schleswig

Das IZRG hat in den vergangenen Jahren eine Entwicklung durchlaufen, deren Ergebnis gegenüber der interessierten Öffentlichkeit insb. durch personelle Änderungen bzw. Personalentscheidungen angezeigt wurde. Robert Bohn wurde Nachfolger des Institutsmitbegründers Detlef Korte wurde; die Ausschreibung und Wiederbesetzung der sogenannten „Danker-Stelle“ wurde dahingehend entschieden, dass das Ministerium das Berufungsverfahren in dem Moment abbrach, als klar sein musste, dass Uwe Danker nicht auf den oberen Listenplätzen zu finden sein würde.

Damit die Hochschule nicht einen Eingriff in die Hochschulautonomie einräumen musste, billigte sie die ministe-

rielle Entscheidung und bemühte sich um vorauseilenden Gehorsam. Uwe Danker bekam daraufhin Anfang des Jahres eine neue Stelle eingerichtet (C-2), die dann nicht mehr ausgeschrieben werden musste.

Die damit einhergehenden Konflikte haben zu folgendem Endergebnis geführt: Gerhard Paul zieht seinen Lehrstuhl und anteilige Mittel aus dem IZRG heraus und – der Senat der BU-Flensburg sprach sich am 26. Mai 1999 dafür aus – gründet zum Wintersemester 1999/2000 mit den KollegInnen Bea Lundt, Hauke Brunkhorst und Heiner Dunckel ein Institut für kulturwissenschaftliche Forschung. Peter Wulf, ebenfalls Prof. Dr., kehrt – nachdem er

in den vergangenen drei Jahren das Amt eines Rektor der BU in Flensburg wahrgenommen hatte und seit April 1999 kurzzeitig Geschäftsführender Direktor des IZRG gewesen ist – ganz an die Hochschule zurück und widmet sich dort der Lehre.

Was in Schleswig übrigbleibt, ist ein Institut, an dem dann Uwe Danker und Robert Bohn als beamtete Wissenschaftler tätig sind. Ob und mit welchem Ausgang die Ausschreibung für die C-3-Professur am IZRG weitergeführt und die Stelle wiederbesetzt wird steht z.Zt. nicht fest und ist wahrscheinlich auch abhängig von der juristischen

Klärung durch die Gerichte.

Die nachfolgend aufgestellten Thesen sind zunächst einmal dazu bestimmt, in eine Diskussion um die gemachten Erfahrungen Elemente einfließen zu lassen, die für eine Veränderung der von allen Seiten als unerfreulich gekennzeichneten Situation dienlich sein könnten. Eine Zuspitzung der Argumente wird hier als hilfreich erachtet. Auf diesem Wege soll versucht werden, eine weiterhin notwendige Unterstützung der Zeitgeschichtsforschung nördlich der Elbe zu fördern, wengleich hier keine Forderungen bezüglich neuer Institute und dergleichen erhoben werden.

1. Geschichte als Wissenschaft und ihre Vermittlung steht in einer Wechselwirkung mit den politischen Strukturen und bekommt durch diese politische Funktionen zugewiesen.

Auch das Land Schleswig-Holstein wird als Erbhof konkurrierender Klientele gesehen. CDU und SPD(-Koalition) haben kein grundlegend verschiedenes Politikverständnis. Dies gilt auch für das funktionalistische Verständnis

von (Lokal-)Geschichte als Legitimationswissenschaft. Ein Interesse an kritischer Gesellschaftswissenschaft zur Betrachtung, Analyse und Einflussnahme auf gesellschaftliche Prozesse in emanzipatorischer Absicht besteht nicht.

2. Die dem Land Schleswig-Holstein fehlenden Verwaltungs- und Politikebenen fördern informelle Strukturen.

Bedingt durch die geringe Größe des Bundeslandes fehlt in der politischen Struktur des Landes mindestens eine Ebene (etwa die der Bezirke). Neben Ämtern und kreisfreien Städten bestehen nur die Kreise unterhalb der höchsten Verwaltungs- und Regierungsebene. Ab einem/einer BürgermeisterIn einer Kleinstadt aufwärts glaubt im Prinzip jeder hier im Lande, sich an allen

legitimierten Gremien und Institutionen vorbei an MinisterInnen und Ministerpräsidentin wenden zu können und auf einer fast ausschließlich personifizierten, informellen Ebene Politik zu betreiben oder Ziele umzusetzen. Personifizierte, informelle Strukturen prägen ein winziges, weder historisch noch ökonomisch ausreichend legitimates Bundesland wie Schleswig-Holstein.

3. Die Gründung eines Forschungsinstitutes „von oben“ als Reaktion auf eine Forderung „von unten“ musste die bestehenden Besitzstände und ideologischen Heimstätten unangetastet lassen.

Die Entscheidung der ehemaligen Landesregierung, das IZRG als An-Institut der BU zuzuschlagen, war entweder eine bewusste Entscheidung, um Geschichte als kritisches Wissen um die Vergangenheit bedeutungslos bleiben zu lassen, oder war von einer fast grenzenlosen Naivität bestimmt. Mag zwar als Argument angebracht sein, dass der Widerstand der konservativen bis national-konservativen CAU-Fakultät gegen jede andere Geschichtsforschung als die bisherige stärker gewesen wäre, als in Flensburg zutraf, so darf aber nicht übersehen werden, dass mit der Anbindung an Flensburg eine bewusste Entscheidung getroffen wurde: nämlich keine neuen WissenschaftlerInnen auszubilden. Nunmehr gab es zwar ein Institut, an dem Historiker (leider zunächst keine -innen) mit einer vergleichsweise guten materiellen Ausstattung die übermächtigen Lücken der Landesgeschichte bearbeiten konnten – und sie gaben

sich auch ein vielversprechendes Programm –, doch was dieses Institut bisher nicht gewährleisten konnte, war die Heranbildung zukünftiger WissenschaftlerInnen, die das Geflecht im Lande aufbrechen.

Beispiele einzelner Qualifizierungsprojekte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Personen kaum Gelegenheit haben werden, in Schleswig-Holstein an Veränderungen mitzuwirken. Weiter trägt dazu bei, dass die Hochschule in Flensburg ihren Schwerpunkt augenblicklich noch in der Lehre sieht und die Forschung dort ein Randbereich ist. Die Gestaltung besagten Verhältnisses ist Angelegenheit der Hochschule selbst, doch kann nicht übersehen werden, dass nicht dort die Schnittstelle mit einem anhaltenden Einfluss auf zukünftige HistorikerInnen-Generationen sein wird, sondern bei der CAU und der Uni-Hamburg als Regional-Universitäten.

4. Die nach Proporz vorgenommene Besetzung von Institutsfunktionen stellt ein Konfliktpotenzial des IZRG dar, da diese durch Personen gesetzten Akzente kaum in ein Arbeitskonzept integriert werden konnten.

Als regionales Legitimations-Institut musste bei der Besetzung des IZRG auf den Proporz im Lande nicht nur Rücksicht genommen, sondern sich bei Personalentscheidungen bewusst hieran orientiert werden. Gründungsprofessor wurde Peter Wulf, Historiker von regionaler Ausstrahlung mit einer besonderen Gabe zur Repräsentation. Seine Ernennung schien dem Zweck zu dienen, den traditionellen Eliten und der CAU jemanden zu präsentieren, von dem man nichts zu befürchten hatte. Er erwies sich als eine gute Wahl, um diese Funktion zu erfüllen.

Als einer von zwei namhaft zu ma-

chenden Motoren eines neuen Geschichtsinstituts drängte sich Uwe Danker in die Personaldiskussion. Er repräsentiert zunächst auch eine gesellschaftliche Strömung innerhalb der Geschichtslandschaft (Beirat für Geschichte), vor allem aber war er der SPD-Kandidat. Seine Berufung ist Gegenstand unendlicher Diskussionen – man mag es kaum so nennen – gewesen, geblieben und wieder geworden.

Der andere Motor und wahrscheinlich das Herz des Instituts war Detlef Korte, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter auf eine Lebenszeitstelle am Institut berufen wurde. Er verkörperte Engage-

ment und den Kontakt zu historischen Initiativen, und er war auch der Exponent des im AKENS e.V. zusammengeschlossenen InteressentInnenkreises.

Für das wissenschaftlichen Renom-

mee holte man sich Gerhard Paul aus dem süd-elbischen Ausland. Alle diese Personen verkörpern höchst unterschiedliche bis divergierende Interessen innerhalb ihrer Wissenschaft.

5. Jede Veränderung des vorgenommenen Proporztes musste den Frieden am Institut nachhaltig gefährden, da dies gleichlautend war mit Richtungsentscheidungen.

Diese vier Wissenschaftler entfalteten unter höchst unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – Wulf ließ sich alsbald als Rektor mit Wichtigerem betrauen – ein Feuerwerk an Aktivitäten, welche es an dieser Stelle nicht zu evaluieren gilt. Fakt war: Am Institut arbeiteten Menschen, aber es arbeitete kein Institut. Lange konnte dieser Misstand durch das Engagement der MitarbeiterInnen Erich Koch (Technischer Mitarbeiter) und Karin Ruppel-Diestel (Verwaltungskraft) ausgeglichen werden. Spätestens nach dem Ableben Detlef Kortes fiel beiden aber eine Funktion zu, die

sie in die Konfliktzonen zwischen den C-Stelleninhabern brachte.

Die Gewichte am Institut waren dadurch verschoben worden, dass die Funktionsstelle „Kontakt nach außen“ nie wiederbesetzt wurde. Allein dem beispiellosen Wirken von Erich Koch war es zu verdanken, dass ein gelernter Tischler, Erzieher und kritischer Historiker aus Leidenschaft die Aufgaben wahrnahm, für die zuvor die Stelle von Detlef Korte vorgesehen war. Mit dem Ausscheiden von Erich Koch in den Ruhestand ist der Mangel überdeutlich geworden.

6. Bereits die Richtungsentscheidung um die Wiederbesetzung der „Korte-Stelle“ war Teil eines Junktims, welches in die später anstehende endgültige Besetzung der von Uwe Danker eingenommenen C-3-Stelle eingebunden war.

Personifizierte Richtungsentscheidung am Institut war zum einen Teil die Entscheidung über die Nachfolge der „Korte-Stelle“ zugunsten von Robert Bohn. Von allen Seiten wird nach wie vor kolportiert, dass Uwe Danker sich das Betreten der IZRG-Räume durch Robert Bohn schlicht verboten hätte, was dann durchaus – auch das wird ohne Widerspruch kolportiert – auf Gegenseitigkeit beruhte. Robert Bohn hat bis heute das Institut nicht nach außen dargestellt und sogar an jeder passenden und unpassenden Stelle darauf bestanden, Historiker an der CAU zu sein. Die Erklärung dafür, dass er – trotz der deutlich geeigne-

teren Qualifikation des Kandidaten Michael Wildt – eingestellt wurde, lag nicht nur daran, dass er in seinem Wirken regional- bzw. skandinavienbezogen tätig war. Mit ihm wurde eine Person ins Boot geholt, die absolut quer zur Aufgabenstellung des Instituts im Allgemeinen und zu Funktionsstelle im Besonderen lag.

Wollte Uwe Danker seine Arbeitsstelle am IZRG absichern – er wird gewusst haben, dass dies allein mit der Zusicherung seitens der Regierung für seine Verdienste nicht getan war, zumindest solange er nicht habilitiert war –, so musste er seine schärfsten Kritike-

rInnen von einst (Regionalpresse und CAU) einbinden. EinE JedeR hätte in dieser Lage ähnlich gehandelt und wäre mit gezielten Schritten auf die Kritiker von einst zugegangen. Nur wo wäre die

Instanz, die Institution, das Gremium der Selbstkontrolle einer Hochschule oder eines im luftleeren Raum agierenden Instituts, das bspw. meinen persönlichen Interessen ein Korrektiv vorsetzt?

7. Alle diese Entwicklungen waren und sind nur denkbar und erklärbar, wenn man die im höchsten Maße unsichere rechtliche Absicherung des IZRG im Hochschulrahmengesetz sowie das Fehlen von Kontroll- und Mitwirkungsinstanzen in Betracht zieht.

Da das Institut quasi neben der Hochschule besteht und die Hochschule bis zur Eskalation der Konflikte nicht beabsichtigte, auf das Institut in irgendeiner Weise Einfluss zu nehmen (dies geschah erst in der Phase der beginnenden Abwicklung), unterstand das IZRG formal direkt dem Ministerium, und damit war es wieder den informellen Strukturen ausgesetzt.<sup>2</sup>

Nicht vergessen werden sollte darüber hinaus, dass am IZRG fast jede MitarbeiterInnenvertretung und Koordination fehlte. Diese bestand nur formal über die Hochschule, berührte jedoch die Arbeit oder Situation am IZRG in nahezu keiner Weise. In den zwei Jahren und acht Monaten meiner Institutszugehörigkeit hat es zwei (!) MitarbeiterInnenzusammenkünfte gegeben, von denen allein eine (August 1996) zumindest als Ideenaustausch und MitarbeiterInnenversammlung angesehen werden konnte (die zweite Zusammenkunft war die Weihnachtsfeier des Jahres 1997). Jeder Fachbereich oder jede

Fakultät einer ehrwürdigen Ordinariaten-Universität gewährt formal wie inhaltlich den Beschäftigten mehr Gestaltungsmöglichkeiten, Teilhabe am Informationsaustausch, Einblick in die Binnensprozesse und Nutzung der Haushaltsmittel, als dies am mit aufklärerischer Absicht gegründeten IZRG der Fall war.

Nun hätten die Einrichtungen einer Gremienuniversität wohl kaum die Zügel des Institutes in die Hand nehmen können, aber es wäre vielleicht ein anderes Institut geworden. Was diesem Institut fehlte, waren Kommunikations-, Kontroll- und Konfliktlösungsstrukturen sowie tiefer legitimierte Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten. Ohne Strukturen dieser Ausrichtung mussten wie in einem selbst verwalteten autonomen Jugendzentrum sehr unterschiedliche Personen aufeinander stoßen, und die Frage nach der Neuausschreibung einer Stelle bzw. deren Wiederbesetzung durch den bisherigen Stelleninhaber wurde zur Schicksalsfrage des Gesamtinstitutes.

## Anmerkungen

1. Der Autor war von August 1996 bis März 1999 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am IZRG auf einer halben Stelle beschäftigt.
2. In welchem Zusammenhang der Wechsel in

der Fachaufsicht des Ministeriums (Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung) stand, bleibt nach wie vor völlig im Unklaren und ist möglicherweise in der Tat nur purer Zufall.